

# Die Verfassung.

## Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inserate die Zeile 2 Sgr.

### Die Regierung und die neuen Provinzen.

Der Minister des Innern, Graf Eulenburg, hat neulich einmal im Abgeordnetenhaus eine Rede gehalten, deren Sinn ungefähr war, daß die Regierung heut noch so konservativ sei, wie immer, aber besonnenachtet wolle sie gern und in möglichst vielen Dingen Hand in Hand mit der liberalen Majorität im Hause und im Lande geben; nur müsse man nicht von ihr verlangen, daß sie nun auch selbst und auf der Stelle liberal werden solle.

Nun, von dem Herrn Grafen verlangen wir das auch nicht. Es ist aber eine andere Sache, ob wir es nicht von der Regierung verlangen. Denn jedenfalls ist es für uns schwer verständlich oder vielmehr ganz unverständlich, wie es auf die Länge gut und ordentlich in einem Lande zugehen soll, wo die Regierung, mag kommen, was da will, an dem konservativen Stränge zieht, während das Volk mit seinen besten Gedanken und seinen berechtigtesten Wünschen auf dem lichten Wege einer freisinnigen Politik vorwärts strebt.

Doch das ist eine Sache, über die wir uns mit dem Minister des Innern eben so wenig verständigen werden, wie mit der ganzen, freilich nicht allzu großen Schaar seiner Freunde und Gesinnungsgenossen im Lande. Aber das werden er und seine Kollegen im Ministerium doch zugeben, daß eine konservative Regierung wenigstens das leisten muß, was ihr Name nach der Behauptung der konservativen Partei selbst bedeuten soll. Konservativ, sagen sie, ist eine Regierung, die Ordnung im Lande schafft.

Ordnung? Nun, wir wollen gerade nicht fragen, mit welchem Rechte die Verfassung unserer Kreise und ländlichen Gemeinden eine Kreis- und Gemeinde-Ordnung genannt wird. Auch verlangen wir heute keine Antwort auf hundert andere Dinge, die uns sehr am Herzen und fast jedem von uns auf der Zunge liegen. Wir werfen vielmehr über unsere alten preussischen Provinzen hinaus nur einen Blick auf einige neu erworbene oder verbündete Länder und Ländchen.

Wir wollen nur fragen, wie viel da unsere konservative Regierungsweise Ordnung geschaffen hat.

Für die Minister von jeder Partei, so gut für konservative, als für liberale, pflegt es doch aus sehr nahe liegenden Gründen die allernächste Sorge zu sein, daß sie ihre Gesinnungsgenossen im Lande sich auch wirklich zu guten Freunden und zu eifrigen Helfern bei ihrer Regierungsarbeit machen. Wenn ihnen das nicht gelingt, und wenn sie dann auch ihre eigene Gesinnung nicht so weit ändern können, um eine wirklich ausreichende Unterstützung bei irgend einer anderen Partei zu finden, nun, so pflegen sie wohl die Ansicht zu gewinnen, daß sie eben nicht so regieren können, wie sie es gern möchten, daß sie folglich die Regierung in die Hände anderer Minister legen müssen. Nun leugnen wir ja gar nicht, daß die Grafen Eulenburg und Lippe, und dazu die Herren v. Mähler und v. Selchow in unserem Preußen in einem ganz vortrefflichen Verhältnisse zu dem Herrenhause stehen, und daß alle hochkonservativen Ritter, Beamte und Pfarrer gar sehr die Hände ringen würden, sollten diese lieben Minister einmal ihren Abschied nehmen oder bekommen. Aber in den neuen Provinzen und in den jetzt verbündeten Staaten handelt es sich nicht los um die Zuneigung zu diesem oder jenem einzelnen Minister, sondern es handelt sich darum, ob diese Provinzen und Staaten überhaupt eine preussische Regierung haben wollen oder nicht. Die Aufgabe unserer Minister ist daher die, daß sie dort eine starke und zwar eine viel stärkere Partei für sich gewinnen müssen, als sie im gewöhnlichen Laufe der Dinge in den alten Provinzen für nöthig halten mögen.

Aber diese Aufgabe scheinen unsere unwandelbar konservativen Minister eben nicht erfüllen zu können. In dem annectirten Hannover sind ebenso wie in dem verbündeten Mecklenburg die hochkonservativen Ritter, Beamten, Offiziere und Pfarrer, also die besten Freunde unseres Herrenhauses und seines Anhangs gerade die allerbesten Feinde der preussischen Regierung. Sie erklären ganz offen, daß sie um keinen Preis preussisch werden wollen. Das wäre nun an sich kein großes Un-

glück. Das Unglück aber ist, daß dieser wilde Preußenhaß ihnen einen Anhang verschafft hat, auf den sie sonst in ihrem ganzen Leben nicht hätten rechnen können. Bisher hatten sie nämlich im ganzen Lande nur wenig Freunde, weil mit ihrer Hilfe der abgesetzte König, wie früher auch die mecklenburgischen Großherzöge, die zu Recht bestehende Verfassung abgeschafft und ein reines Junker- und Beamtenregiment eingeführt hatten. Aber jetzt ist die große Masse der Leute, die mehr mit ihrem Gefühl als mit dem Verstande urtheilen, ganz ein Herz und eine Seele mit ihnen, und das bloß darum, weil sie wohl ein liberal regiertes Preußen sich würden gefallen lassen, aber, wenn sie doch einmal konservativ regiert werden sollen, hundert Mal lieber Hannoveraner bleiben, als Preußen werden.

Ganz eben so sieht es in Darmstadt aus. In Darmstadt sind alle klar denkenden Liberalen von jeder preußisch gefärbt gewesen und sind es auch heute noch. Auch die ganze große Anzahl der Gefühlsmenschen, wie man sie so zu nennen pflegt, war früher mit ihnen einverstanden, aber doch nur so lange, als sie noch auf eine liberale Regierung in Preußen rechneten. Jetzt haben sie leider diese Hoffnung ausgegeben, und darum haben sie bei den letzten Wahlen mit eben so großer Majorität für die konservativen Preußenfeinde gestimmt, wie sie sonst immer für die liberalen Preußenfreunde stimmten.

Solch ein Zustand ist durch unsere konservative innere Politik herbeigeführt; diese innere Politik droht also, alle Früchte einer liberalen auswärtigen Politik in große Gefahr zu bringen.

Dauert dieser Zustand fort, so kann die preussische Regierung in dem Besitze der neuen Provinzen und der neuen Bundesgenossenschaften sich nur durch stete Waffenbereitschaft erhalten. Sie muß mit stets wachsenden Kosten ein stets wachsendes Heer in Bereitschaft halten, um den Besitz von Hannover und Hessen, die Bundesgenossenschaft von Darmstadt, Sachsen, Mecklenburg u. s. w. mit ähnlichen Mitteln zu behaupten, wie Oesterreich den Besitz von Venetien behauptet hat. Als die Preußen kamen, war freilich Venetien verloren, und wenn umgekehrt nach Preußen binnen etlichen Jahren ein anderer Feind kommen wird, den die vertriebenen und in ihren Regierungsrechten geschmähten Fürsten herbeigerufen haben, wird dann ein konservatives preussisches Ministerium mit Sicherheit wieder auf solche Siege rechnen können, wie sie in diesem Sommer errungen worden sind?

Diese Frage möge sich Jeder selbst beantworten.

### Politische Wochenschau.

**Preußen.** Das Abgeordnetenhaus setzte im Laufe der Woche die Vorberatung des Staatshaushaltsgesetzes für 1867 fort.

Bei dem Etat des Ministeriums des Innern gab der Ausgabe-Vorsetz für das berliner Polizei-Präsidium den Abg. v. Hennig, v. Unruh, Dunder, Gertty, Birchow und Löwe Veranlassung, verschiedene Klagen über dasselbe zur Sprache zu bringen. Der Minister des Innern,

sein Kommissarius sowie der Abgeordnete Heise verlasen es, diese Vorwürfe als unbegründet zurückzuweisen.

Diese Debatte war die Debatte bei der Position von 35,000 Thlr. zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei. Abg. Zweiten sprach sich mit großer Entschiedenheit gegen die Bewilligung aus. Er griff mit scharfen Worten das noch fortgelebte System der inneren Verwaltung an, und erklärte es für eine Fabel, daß dieses System seit 1862 in Hinblick auf die großen Ziele der auswärtigen Politik gehandhabt worden sei. Er will die Solidarität der Minister nur bis zu einem gewissen Grade zugeben. Er hält den Ministerpräsidenten nicht für liberal, er hält ihn nur einer liberalen Politik für fähig, wenn sie ihm im Interesse seiner auswärtigen Politik für notwendig erscheint und behauptet nur, daß er einen so geringen Sinn für die Frage der inneren Entwicklung hat, worin er nicht höher als seine Kollegen steht. Der Ministerpräsident kann aber allenfalls in seinen ungeheuren Erfolgen für Preußen und Deutschland eine Rechtfertigung für das finden, was er an dem Innern des preussischen Staates gesündigt hat; das kann dagegen den Ministern des Innern, des Kultus und der Justiz nicht zu Gute kommen; doch werde die liberale Partei durch diesen Umstand nicht zur Opposition bestimmt, sondern sie protestire nur gegen gewisse Maßregeln, welche die freibühliche Entwicklung gefährden. Der Redner entwickelte darauf, wie man von der gegenwärtigen Regierung keine Reformen im Innern erwarten dürfe. Er hält es aber für gerathen, im gegenwärtigen Moment jede Opposition zu vermeiden, welche die Wadststellung Preußens gefährden könne, trotzdem aber werde man eine gerechtfertigte Opposition nicht aufgeben. Wenn der Minister gesagt habe, er wolle so liberal regieren, als dies nach konservativen Grundsätzen möglich sei, so verlange er dies nicht, er verlange nur, daß nach dem Gesetz regiert werde.

Der Minister des Innern rechtfertigt den Ministerpräsidenten gegen den Vorwurf des mangelnden Verständnisses der inneren Politik. Graf Bismarck mache einen Unterschied zwischen fertigen Staaten, wie England, und unfertigen, wie Preußen, und wie er einmal hier geäußert, könne sich nur ein fertiger Staat den Luxus einer liberalen Regierung erlauben. Nur die Durchführung der Armeereorganisation habe die Regierung gezwungen, die Bügel straffer anzuziehen. Nachdem der Zweck erreicht sei, werde sich Alles ändern. Man solle nur warten und sich in die Lage fügen.

Abg. v. Binde (Hagen) spricht sich sehr entschieden für die Bewilligung dieser Gelder aus, und führt aus, wie der Minister des Innern wohl Antheil habe an den Erfolgen der auswärtigen Politik.

Nachdem sich noch die Abgeordneten Waldeck gegen und v. Brandenburg für die Bewilligung des Geldes ausgesprochen haben, wird die Bewilligung mit 153 gegen 150 Stimmen abgelehnt.

Die weiteren Positionen dieses Etats werden ohne wesentliche Diskussion erledigt; wir bemerken nur noch, daß der Minister auf eine Anfrage, wie man es in Nassau mit der dort abgekauften Todesstrafe halten werde, geantwortet hat, daß dort mit dem preussischen Strafgesetze die Todesstrafe wieder eingeführt werden wird.

Der Etat des Ministeriums der landwirthschaftlichen Angelegenheiten gab Anlaß zu lebhaften Debatten über die Stellung der landwirthschaftlichen Lehranstalten im Allgemeinen und der landwirthschaftlichen Akademie zu Magdeburg in Besonderen. Letztere hat unter der Leitung des Direktors Wagener 11 Lehrer und einen Schüler.

Dieselbe wird wahrscheinlich im Laufe des nächsten Jahres ganz eingehen.

Bei dem Etat des Kultusministeriums wurde zuerst in der allgemeinen Debatte von dem Abg. Jung hervorgerufen, daß in diesem Zweige der Verwaltung die wichtigsten organisatorischen Besetze noch immer fehlen (das Unterrichts-gesetz, das Gesetz über die Zivil-Gesetze) und daß auch andere Bestimmungen der Verfassung (Art. 12) nicht zur Ausführung gekommen sind. Er rügt ferner die Maßregelungen und Beschränkungen, welche über Lehrer verhängt sind, welche ihre Wahlfreiheit geltend gemacht haben. Endlich erwähnt er noch, daß die Trennung der protestantischen Kirche von der staatlichen Vereinigung noch nicht, dem Artikel 15 der Verfassung gemäß, erfolgt sei. — Abg. Dr. Loewe (Sals) sagt hinzu, daß die Ausführung des Art. 15 der Verfassung noch nicht gefördert sei.

Die Abg. Wuttke und Kassel suchten das Ministerium wegen diese Angriffe zu verteidigen, der letztere in einer Rede, in der er ausführte, daß Preußen niemals einen besseren Kultusminister gehabt habe, als den jetzigen; der Kultusminister erklärte, daß die Regierung augenblicklich außer Stande sei, den Wünschen in Betreff des Artikels 15 der Verfassung nachzukommen.

Die weiteren Debatten über diesen Etat boten noch viele bemerkenswerte Momente; so gab der Etat des evangelischen Oberkirchenrathes Anlaß zu einer sehr lebhaften Debatte über die Nothwendigkeit, den Art. 15 der Verfassung, nach welchem die Kirche ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen soll, auszuführen, an welcher sich die Abg. Richter, Edwe, Tschow und für die Ausführung und die Abg. Wuttke, Sobel und Bied dazwischen betheiligten.

Später erinnerte Dr. Koch an die Nothwendigkeit, die Artikel 4 und 12 der Verfassung (Gleichberechtigung der Konfessionen) auszuführen, er knüpfte an einen vorliegenden Fall, betreffend die Aenderung der Statuten der Königsberger Universität an. Abg. Glaser, welcher obgleich Professor in Königsberg, doch schon seit mehreren Jahren sich dauernd in Berlin aufhält, meint, diese Sache gehöre nicht vor das Haus, es sei Sache der Universität selbst, worauf ihm Abg. Birchow erwidert, daß dies sehr wünschenswert sei, aber leider hätten die Universitäten nicht die Selbstständigkeit, in solchen Sachen zu entscheiden.

Die Frage über das Gehalt der Universitäts-Professoren gab Anlaß zu einigen kritischen Bemerkungen über das System, nach welchem bei uns die Wissenschaft gepflegt wird.

Ein Antrag des Abg. Kantak, die Regierung aufzufordern, den Bedürfnissen der katholischen Bevölkerung des Großherzogthums Polen durch Errichtung höherer Lehranstalten, vor Allem eines katholischen Gymnasiums im Reg.-Bezirk Bromberg schleunige Abhilfe zu verschaffen, ward angenommen. Bei dem Etat für die Lehrer wird ein Antrag angenommen, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, in welchem über das Einkommen der Elementarlehrer, über das Ruhegehalt bei Emeritierung derselben, sowie über die Pension der Schullehrer-Mittwen Bestimmungen getroffen werden.

Von den übrigen Positionen nahm die Position für die Museen, die Akademie und die königliche Bibliothek die Aufmerksamkeit des Hauses noch besonders in Anspruch. Die Abgeordneten v. Pennig und Birchow rügten den Mangel eines guten Katalogs für unsere Kunstanstalten; ersterer führte die Nothwendigkeit der jetzigen Einrichtungen speziell aus, und wünschte, daß die Verwaltung in die Hände von Sachkundigen käme.

Eine Mittheilung des Abg. Schmidt (Randow), daß in

Pommern noch immer geheime Konduitenlisten über die Lehrer geführt werden, veranlaßt den Kultusminister zu der Antwort, daß ihm von der Sache Nichts bekannt sei.

Außer der Subjektivberatung stand in dieser Woche auch das Dotationsgesetz auf der Tagesordnung. Dasselbe war von der Kommission zur Annahme in folgender Fassung vorgeschlagen worden:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Zur Verleihung von Dotationen an den Minister-Präsidenten Grafen v. Bismarck in Anerkennung der von ihm so erfolgreich geleiteten äußeren preussischen Politik, und an diejenigen preussischen Oeßrer, welche in dem letzten Kriege zu dem glücklichen Ausgang befehlen in hervorragender Weise beigetragen haben, die Generale der Infanterie v. Roon, Freiber v. Moitte, Herwarth v. Bittenfeld, v. Steinmetz, Vogel von Falckenstein, wird eine Summe von Einer und einer halben Million Talern aus den eingehenden Kriegent-schädigungen bereit gestellt. — Die Vertheilung dieser Summe bleibt königlicher Bestimmung vorbehalten.

Von einer Anzahl Mitglieder der Fortschrittspartei war der Antrag gestellt worden, die Namen der Minister v. Bismarck und v. Roon zu streichen.

Bei der Debatte verheißerte v. Hoyerstedt diesen Antrag. Er führte aus, daß er im allgemeinen gegen Dotationen sei; wenn sie aber gegeben werden sollen, so ist ihm diese Art, Geld zu geben, noch lieber als die Schenkung von Länderstücken, die zu Fideicommissen Anlaß geben. Er betrachtet diese Dotationen auch als den Dank des Landes an die Arme, und will sie deshalb auch nur an Oeßrer bewilligen. Er fann Ministern, die noch im Amt sind, keine Dotationen bewilligen. Erstens widerstrebt es ihm, wenn ein einziges Ministerium eine Verlage zu Belohnungen für einzelne Minister einbringt, und zweitens kann er die Thätigkeit der Minister in diesem Sommer nicht trennen von ihrer früheren Thätigkeit. Er fann deshalb diesen Ministern keine Dotationen bewilligen, weil er sie noch nicht für ausgeführt hält mit dem Lande; erst muß der Rechtszustand vollständig wiederhergestellt sein.

Nach dieser Rede wurde die Debatte sogleich geschlossen und der Kommissions-Entwurf mit 219 gegen 80 Stimmen angenommen.

In der Militärfrage wird voraussichtlich eine Einigung zwischen der Fortschrittspartei, dem linken Centrum, den Nationalen, dem Centrum und den Polen stattfinden.

Graf Bismarck ist nach Berlin zurückgekehrt, doch ist sein Gesundheitszustand noch derart, daß er sich sehr schonen muß. Den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus hat er noch nicht wieder beigewohnt.

In Hannover sind jetzt sehr strenge Maßregeln angeordnet worden, welche den sich kundgebenden Geist des Widerstandes brechen sollen.

In Kottbus sind vier Stadträthe, denen anfangs die Bestätigung verweigert war, jetzt bestätigt worden.

In Berlin ist am 3. d. Mts. ein hochgeehrter Veteran aus dem Freiheitskriege, der General v. Puel gestorben. Wir geben nach der Lit. Correspondenz folgenden Nekrolog dem Bereizigten: In seinem 18. Jahre bei der Thronbesteigung des Königs Friedrich Wilhelm III. war er Offizier geworden und machte den unglücklichen Feldzug von 1806 schon als Adjutant des Brigadegenerals von Schmellau mit. Nach dem Tilsiter Frieden wurde er bei der Verkleinerung der Arme entlassen. Bei dem Ausbruch des österreichisch-franzö-

sich Krieges von 1809 eilte er nach Desfrich, trat in die Armee und machte die Schlachten von Aspern und Wagram mit. Nach dem unglücklichen Kriege kam er als Hauptmann eines österreichischen Infanterieregiments nach Prag und schloß sich hier dem in der Bekämpfung lebenden Stein an, an dessen Arbeiten und revolutionären Plänen für die Befreiung Deutschlands er den behaftetsten Antheil nahm. Pfucl hatte sich mit ganzem Herzen dem Befreiungswerk gewidmet und betrachtete sich nur als ein Soldat des großen Krieges gegen Napoleon, den er mitmachte, wo immer seine Kraft gebraucht werden konnte. Als Stein später am Petersburger Hofe wirkte, rief er Pfucl nach dort hin, um ihm darin beizustehen. Im militärischen Gefolge des Kaisers Alexander machte er den Winterfeldzug von 1812 mit, dessen Geschichte er als Augenzeuge in der kleinen, als Quellschrift sehr werthvollen Darstellung: „Rückzug der Franzosen bis zum Niemen“ schon im März 1813 veröffentlicht hat. Diese Schrift war eine der ersten, welche dem deutschen Volke die furchtbare Katastrophe, die das französische Heer betreffen, erzählte und dadurch wesentlich die Begeisterung schürte, die wir heute noch als einzig in der Geschichte dastehend bewundern. Als der Krieg 1813 nach Deutschland hineingetragen war, trat er als Chef des Generalstabes in das Letzenborsche Korps ein, das Hamburg nahm und den Feldzug in Westfalen und Holstein bis zum Spätherbst 1813 führte. Nach dem Pariser Frieden von 1814 trat er in die preussische Armee zurück und machte dann als Adjutant Gneisenau's den Feldzug von 1815 mit. Pfucl war der preussische Offizier, der Wellington nach Brüssel die Nachricht vom Anrücken Napoleons gegen Vigny brachte und von ihm das Versprechen empfing, das er leider nicht hielt, mit seiner ganzen Armee dem Preußen zu Hilfe zu kommen. Pfucl machte dann die Schlacht von Vigny selbst mit und stand an der Spitze der Avantgarde, welche nach dieser unglücklichen Schlacht auf das Schlachtfeld von Belle-Alliance eilte. Er war der erste preussische Soldat auf dem Schlachtfelde von Belle-Alliance und sein Feuerer, wie seine Entschlossenheit und militärische Umsicht, die er in der Schlacht bei Belle-Alliance und besonders bei der rastlosen Verfolgung des Feindes gezeigt hat, haben die höchste Anerkennung bei Gneisenau und Blücher gefunden. Bei dem Einzug der Preußen in Paris 1815 wurde er Kommandant von Paris und hat sich als solcher durch die feste und entschlossene Art, wie er die Zurückgabe der von den Franzosen fortgeschleppten Kunstschätze durchgesetzt und ausgeführt hat, ein besonderes Verdienst erworben. — Wir können ihn in den Friedensjahren, die nun folgten, bei dem beschränkten Raum nicht auf dem Wege begleiten, auf dem er zu den höchsten Stellen in unserer Armee gelangte. Nur zwei Momente dürfen wir an seinem Grabe nicht verschweigen. Als Gouverneur von Berlin in den Märztagen des Jahres 1848 machte er die höchsten Anstrengungen, den Kampf zu vermeiden und als Premierminister im Herbst desselben Jahres machte er wiederum die höchsten Anstrengungen, auf friedlichem Wege die wahrhaft konstitutionelle Monarchie, wie sie von der Berliner Nationalversammlung angestrebt wurde, zu begründen. Beide Male scheiterte er in seinen Anstrengungen. Der blutige Kampf brach am 18. März und das Ministerium Pfucl wurde im November 1848 durch das Ministerium Brandenburg-Manteuffel verdrängt."

In der Provinz Posen und in einigen Kreisen Westpreußens entwidelt die polnische Partei eine sehr große Thätigkeit, um gegen die Einverleibung in den deutschen Bundesstaat zu protestiren.

In Nordschleswig wird zu dem norddeutschen Parla-

mente gewählt werden, so daß also die Abstimmung wegen des Rückfalls an Dänemark erst nach dem Zusammentritt des Parlamentes stattfinden wird.

**Süddeutschland.** Zwischen Bayern, Württemberg und Hessen soll ein Bündniß abgeschlossen sein. Baden, welches noch immer auf ein enges Bündniß mit Preußen hofft, hat sich fern gehalten.

**Oesterreich.** Mit einiger Aufmerksamkeit muß man die Anhaltungen von Truppen in Galizien beobachten; sie scheinen die Gerüchte über die immer größer werdende Spannung zwischen Oesterreich und Rußland zu bestätigen.

**Italien.** Die Räumung Roms hat begonnen. Heute (am 10. Dez.) sollen die französischen Truppen sämmtlich die Stadt Rom verlassen haben.

### Neueste Nachrichten.

**Paris, Sonntag 9. Dezember, Morgens.** Der heutige „Moniteur“ bestätigt, daß über den französischen österreichischen Handelsvertrag zwischen den betreffenden Mächten ein vollständiges Einverständnis erzielt worden sei; derselbe werde nächstens unterzeichnet werden und mit dem 1. Januar in Kraft treten.

Aus Kairo wird vom 6. d. die Antwort der Notabeln auf die Eröffnungsrede des Vicekönigs mitgeteilt. In derselben heißt es unter Anderem: die Versammlung sei erfreut, das der Sultan eine direkte Erbfolge bewilligt habe; diese Maßregel sei der beste Schutz für die Ruhe Ägyptens und die größte Garantie für die Zukunft. Gleichzeitig spricht die Antwort den Dank für die Herstellung einer nationalen Versammlung aus und ruft den Segen Gottes auf den Vicekönig und auf seinen Sohn herab.

Das Abkommen zwischen Rom und Italien wegen Regelung der römischen Schuld soll unterzeichnet sein.

### Die Erneuerung der Zoll- und Handelsverträge.

Zwei Verträge, welche der Krieg des letzten Sommers gelöst hat, und welche seitdem nur provisoriß noch in Geltung geblieben sind, harrn ihrer Erneuerung, welche hoffentlich recht bald erfolgen wird. Es ist dies der Zollvereins-Vertrag und der Zoll- und Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Oesterreich.

Was den letzteren anbetrifft, so hat der österreichische Minister des Auswärtigen, Herr v. Beust, vor etwa vier Wochen schon an unsere Regierung das Ansuchen gestellt, die Verhandlungen über die Erneuerung dieses Vertrages zu eröffnen, und wenn dies noch nicht stattgefunden hat, so ist der Grund in dem Umstande zu suchen, daß unsere Regierung noch einige Vorarbeiten zu diesem Zwecke für nöthig erachtet. Diese Vorarbeiten sollen sich auf die Tarifsätze erstrecken, und hoffen wir, daß sie zum Resultat eines weiteren Fortschritts auf der Bahn des Freihandelsystems haben werden.

Es scheint uns aber an der Zeit, auch möglichst rechtzeitig auf zwei andere Bestimmungen des alten Vertrages hinzuweisen, welche wir im Interesse unserer politischen und unserer industriellen Entwicklung nicht in dem neuen Vertrag übernehmen sehen möchten. Die eine dieser Bestimmungen ist die Inaustriation der Verhandlungen zur Herstellung eines einheitlichen Zollgebietes, welches ganz Deutschland und ganz Oesterreich umfaßt. Ein solcher Schritt kann in Hinblick auf die so sehr verschiedene Entwicklungsstufe beider Länder, und besonders in Hinblick auf die für eine lange Reihe von Jahren zerrütteten Finanzumstände des österreichischen Kaiserstaates von keiner Seite ernstlich ins

Dazu eine Beilage.

Auge gefaßt werden, und indem man vor zwei Jahren den Wünschen Oesterreichs in dieser Beziehung nachgab, hat man nur dem Wiener Kabinete einen bequemen Stützpunkt für seine Intriguen gegen Preußen in den deutschen Angelegenheiten gegeben. Ein solcher Stützpunkt könnte jetzt, wo Oesterreich aus Deutschland ausgeschlossen ist, als ganz gleichgültig erscheinen; wenn man aber annimmt, daß Oesterreich danach strebt, seinen Einfluß in Deutschland auf die eine oder die andere Weise wieder zu gewinnen, so wäre es gewiß nicht klug gehandelt, ihm selbst die Handhabe dazu zu liefern, und deshalb hoffen wir, daß diese Bestimmung aus dem neuen Vertrage verschwinden wird.

Der zweite Punkt, dessen Fortfall wir wünschen, ist der Paragraph, welcher ein Zolltarif zwischen Preußen und Oesterreich festsetzt. Durch dasselbe erhalten einerseits die österreichischen Beamten das Recht, in preussischen Ortschaften sich zu benehmen, als ob sie preussische Behörden wären, andererseits wird dadurch unsern Beamten die Pflicht auferlegt, den preussischen Handel zu Gunsten der hohen österreichischen Grenzälle zu überwachen. Wir sind weit davon entfernt, von unsern Grenzbeamten zu verlangen, daß sie den Schmuggel nach Oesterreich begünstigen sollen, aber daß sie dafür sorgen sollen, die hohen österreichischen Zölle ausführbar zu machen und zwar auf Kosten der preussischen Industrie und der preussischen Staatsbürger, die sie zu diesem Zweck in ihrer freien Bewegung und ihrem Geschäftsbetrieb hindern sollen, wenn sie weder ein allgemeines Sittengesetz verletzen, noch dem preussischen Staate Nachtheil bringen. Dies scheint uns doch in Wahrheit ein etwas zu starker Anspruch an die Freundschaft Preußens für Oesterreich.

Noch viel wichtiger, aber auch viel schwieriger, ist die Regelung der Verhältnisse des Zollvereins. Zwar ist es leicht, ja es erscheint wohl als das Einfachste, den alten Zollvereinsvertrag wieder in Kraft treten zu lassen, und so dem Verkehr wieder sein altes, gewohntes Gebiet anzuwiesen.

Aber, und diese Frage dürfte zu Schwierigkeiten Anlaß geben, welcher Art soll die Stellung der einzelnen Zollvereins-Regierungen unter einander sein, d. h. welcher Art soll die Verfassung des Zollvereins sein? Wollte man die alte Verfassung wiederherstellen, nach welcher jede einzelne Regierung bei allen Tarifänderungen ein entscheidendes Veto hatte, so würde, da Preußen nach der Organisation des norddeutschen Bundes die Vertretung von ganz Norddeutschland in allen Zoll- und Handelsangelegenheiten übernommen hat, nur Preußen, Bayern, Würtemberg, Baden und Hessen-Darmstadt über die Tarif-Änderungen zu beschließen haben. Hierbei das alte System der Einzel-Vetos wieder einzuführen, wird wohl Jedem unvorteilhaft erscheinen, der die Verzögerungen kennt, welche die nothwendigsten Tarifänderungen in dem alten Zollverein erfahren haben.

Noch weniger kann man aber wünschen, daß die einzelnen fünf Regierungen nach Majorität entscheiden, denn bei der unabweislichen Aneignung der Regierungen von Baiern, Würtemberg und Hessen-Darmstadt gegen Preußen würde sich Preußen stets in der Minorität befinden, d. h. der Verkehr von ganz Norddeutschland würde unter den schuzöllnerischen Reigungen einiger kleinen süddeutschen Staaten zu leben haben.

Es muß also irgend ein anderer Ausweg gefunden werden. Es mag Manchem dabei der Plan eines Zollparlamentes, der schon verschiedentlich angeregt worden ist, vorschweben, aber wir glauben, daß auch dieser Plan, wie so mancher der letzten 5 Jahre, nicht mehr als praktisch ausführbar wird angesehen werden können. Es bleibt nach unserer Auffassung nur ein Mittel, um die sich darbietenden Schwierigkeiten zu überwinden, nämlich das Aufgehen der Mainlinie, die Verwandlung des norddeutschen Bundesstaates in einen deutschen Bundesstaat, in welchem eine Centralgewalt (Preußen), welcher ein deutsches Parlament zur Seite steht, diese Verhältnisse ebenso wie alle anderen im Interesse von ganz Deutschland ordnet.

## A n z e i g e n .

### Grellius'sche Buch-, Antiquar- und Globen-Handlung in Berlin, 51. Kurstraße Nr. 51,

empfiehlt nachfolgende Werke zu bedeutend ermäßigten Preisen; fämmtlich in Prachtbänden mit Goldschnitt:

Gedenk. Wort der Frau 1 1/2 Thlr. Volk, Dichtergrüße 1/2 Thlr. V. Scherer, Botenbote 1 1/2 Thlr. Schilder, Gedichte 1/2 Thlr. Mäthen und Verlen der Poesie 1 1/2 Thlr. Album für Deutschlands Töchter 3 Thlr. Dasselbe, große Pracht Ausgabe 6 Thlr. Hammer, Leben und Heimath in Welt 1 1/2 Thlr. Volk, Unser Pilgerfahrt 1 1/2 Thlr. Pharus, am Meere des Lebens, 2 Bde. à Thlr. Nicolaus, Blumenlese 1/2 Thlr. Deutsches Balladenbuch 3 Thlr. Goethe-Kautbach, Reines Buchs. 2 1/2 Thlr. Gerof, Palmblätter 1 1/2 Thlr. Hebel, alleg. Gedichte von K. Reinick 1 1/2 Thlr. Buch der Braut 1/2 Thlr. Fontane, Dichters-Album 1 1/2 Thlr. Sudhoff, In der Stille 1 1/2 Thlr. Deutsche Lieder in Volles Herz und Mund 3 Thlr. Uhlend, Gedichte 1 1/4 Thlr. Freiligrath 1/2 Thlr. Geibel 1 1/4 Thlr. Heine, Buch der Erde, 1 1/2 Thlr. Venan, 1 1/2 Thlr. Gottschall, Blüthenkranz 1 1/2 Thlr. Volk, musikal. Märchen,

2 Bde. à 1 Thlr. 24 Sgr. Bodenstedt, Mira Schaffy 2 1/2 Sgr. und 1 1/2 Thlr. Oberhard, Hamden 1 Thlr. 2 Sgr. Vog. Kulte 24 Sgr. Tegner, Frithjof's Sage von Wahnite 24 Sgr. Strachwitz, Gedichte 1 Thlr. 24 Sgr. Nicker, Gedichte 2 1/2 Sgr. 3 Sgr. Die Irrelichter, 2 1/2 Sgr. Püttlich, Wald 2 1/2 Sgr. Kinkel, Otto der Schöp 2 1/2 Sgr. Prinzessin Ise, 2 1/2 Sgr. Storm, Immanuel 2 1/2 Sgr. Berder, Ed 1 1/2 Thlr. Hammer, Schau um Dich 27 Sgr. Schafepare, Sonette von Bodenstedt 27 Sgr.

Eine reiche Auswahl enthält der so eben erschienene Weihnachts-Katalog, der gratis vertheilt wird. — Unser

### bedeutendes Jugendchriften = Lager,

verleiht ein ansehnlicher Katalog ausgegeben wird, halten wir beizien empfohlen.

51. Grellius'sche Buchhandlung, Kurstraße 51.

Neuer Verlag von Theobald Grieben in Berlin, vorrätig bei G. Gethhaar, Breite Straße 23:

**Wie spart man Gas?** Anweisung für Gas-Consumenten, möglichst viel Gas zu sparen, nebst Belehrung über Einrichtung und Betrieb von Steinofen-Gaswerken. Von W. G. Wilschhoff, Baummeister. 2. Auflage, mit 38 Abbildungen. 10 Sgr.

Für das mit dem 1. Januar 1867 beginnende neue Quartal sei zum Abonnement bestens empfohlen die

## Volk's-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Preis vierteljährlich bei allen deutsch. Postanstalten 25 Sgr., bei den andern deutschen Postanstalten 29 Sgr.

Auflage gegen 30,000 Exemplare.

Die Volk's-Zeitung, seit jezt 17 Jahren die unerschrockene Vorkämpferin für das Recht des Volkes und die Freiheit und Einheit des deutschen Vaterlandes, ist auch unter dem durch den letzten Krieg veränderten Verhältnisse ihren bisherigen Zielen nicht untreu geworden. Sie ist daher unbedeutend eingetreten für die Rechte der jetzt mit Preußen vereinigten Länder, ohne je die Forderungen der nationalen Einheit aus den Augen zu lassen. Sie kämpft auch heute noch für die Herstellung eines das ganze Deutschland umfassenden Bundesstaates und wird daher dem Zutritt des norddeutschen Parlaments als die Anbahnung eines solchen mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Von je an eine Vertreterin des Allgemeinen und gleichen Wahlrechtes wird sie jetzt bemüht sein, das Volk über die richtige Benutzung desselben anzuklären. Während sie alle diese Fragen täglich in ihren trefflichen Beirathstifeln behandelt, bringt sie außerdem alle politischen Nachrichten rasch und in gedrängter, allgemein verständlicher Form. An diesen politischen Theil schließen sich Aufträge an, welche alle nicht politischen Fragen, die das öffentliche Interesse in Anspruch nehmen, besprechen, und werden neben den volkswirtschaftlichen Fragen besonders die neuesten Entdeckungen der Wissenschaft dabei ihre Berücksichtigung finden. Durch genaue und schnelle Berichte über die Berliner Fonds- und die Berliner und größeren auswärtigen Productenbörsen sucht sie auch die Ansprüche des Geschäftsmannes zu befriedigen. Die Verlesung von Berlin aus erfolgt mit dem Abendhagen.

Die weite Verbreitung der Volk's-Zeitung durch ganz Deutschland macht sie zu **Ankündigungen** aller Art besonders geeignet, die Inserationsgebühr beträgt für die gewöhnliche Zeile 3 Sgr., für den Arbeitsmarkt sogar nur 2 Sgr., ein im Verhältniß zu anderen verbreiteten Blättern, deren Auflage sie um das Doppelte, ja bis um das Drei- und Vierfache übersteigt, gewiß mäßiger Preis.

Für das mit dem 1. Januar 1867 beginnende neue Quartal sei zum Abonnement bestens empfohlen das

## Sonntags-Blatt

für Jedermann aus dem Volke.

Begründet von Otto Ruppins.

Herausgegeben von Friedrich Spielhagen.

Erscheint jeden Sonntag in einem Bogen gr. Quart in elegantester Ausstattung. Preis vierteljährlich bei allen Buchhandlungen und Postämtern 9 Sgr.

Der Inhalt des Sonntags-Blattes besteht in:

- 1) **Original-Novellen** der berühmtesten Autoren, wie Friedrich Spielhagen, Carl Heigel, Adolf Stern, Friedrich Heibrich, Alfred Reihner, Ludwig Biemssen, Maria v. Moskowska, Sophie Bernau, u. A.
- 2) **Einem fortlaufenden Album** von Originalgedichten oder musikalischen Uebersetzungen fremder Dichter.
- 3) **Schilderungen aus der Zeit**, die als Commentare zur Zeitgeschichte willkommen sein werden.
- 4) **Litterarischen Bepfechtungen** der vorzüglichsten Erscheinungen der deutschen Litteratur.
- 5) **Wissenschaft für's Leben**, populäre Abhandlungen aus allen Gebieten des Wissens, von den namhaftesten Autoren
- 6) **Lose Blätter**, einer Blätterlese von kleineren anregenden Notizen und Velechtungen von Nash und Bern, aus Vergangenheit und Gegenwart.

Dieser vielseitige, theils unterhaltende, theils belehrende Inhalt macht das Sonntags-Blatt zu einer überall willkommenen Ergänzung zu den politischen Zeitungen und ermöglicht für den niedrigen Preis von vierteljährlich nur 9 Sgr. Jedermann, selbst dem weniger Bemittelten, das Abonnement darauf, wozu es biterni bestens empfohlen sein mag.

Die Verlagshandlung von Franz Duncker in Berlin.

Im Verlage des Bibliographischen Instituts in Hildburghausen ist soeben, auf Grund der neuesten politischen Eintheilungen, complet erschienen:

### Meyer's grosser Hand-Atlas

in 100 Karten, redigirt von E. Ravenstein. In Wappe 12 1/2 Thlr., gebunden 15 Thlr. — Inhalt: 3 Astronom. Karten. — 2 Bl. Allgem. Geographie. — 2 Bl. Europa. — 4 Bl. Porenden-Halbinsel. — 5 Bl. Frankreich. — 4 Bl. Großbritannien und Irland. — 3 Bl. Alpenhalbinsel. — 3 Bl. Balkanhalbinsel. — 3 Bl. Deutschland. — 16 Bl. Preußen und der nordd. Bund. — 6 Bl. südd. Staaten. — 3 Bl. Oesterreich. — 1 Bl. Centralasien. — 1 Bl. Niederlande. — 1 Bl. Dänische Halbinsel. — 3 Bl. Scandinav. Halbinsel. — 5 Bl. Europ. Rußland. — 9 Bl. Asien. — 4 Bl. Afrika. — 3 Bl. Amerika. — 2 Bl. Australien. — 6 Bl. Statistische Tafeln.

### Meyer's kleiner Hand-Atlas,

Ausgabe für Preußen und die norddeutschen Bundesstaaten in 33 Karten. Gebunden 4 1/2 Thlr. — Inhalt: 1 Erdkarte. — 6 Erdtheilkarten. — 11 Europ. Staatenkarten. — Deutsches Land in 4 Bl. — 10 Preuss. Provinzialblätter. — 6 Bl. Statistische Tafeln.

NB. Diese fünf jetzt die einzigen vollständigen Kartenwerke, welche die wichtigsten Veränderungen der neuesten Zeit bereits in sich aufgenommen haben.

### Geschäfts-Verlegung.

Den Verkauf unserer Neusilber-, versilberten und Alfenide-Waaren haben wir von der Schlossfreiheit Nr. 3 nach dem

### Neu-Gebäude

vis-à-vis dem königlichen Schloss und den Werderschen Mühlen verlegt.

Henniger & Comp.,  
Neusilber-Fabrik.

### Spielwerke

mit 4 bis 38 Stücken, worunter Prachtwerke mit Glöckenspiel, Trommel und Glöckenspiel, mit Simmelsstimmen, mit Mandolinen, mit Cyperstien u. Ferner:

### Spielöfen

mit 2 bis 12 Stücken, worunter welche mit Necessaires, Cigarettempel, Schweizerhäuschen, Photographie-Albums, Schreibzeuge, Cigaretten-Fluid, Tabakdosen, Blättchen, tangende Puppen, Altes mit Musik. Etwa das Neueste empfiehlt

J. G. Selter in Bern. Franco.

Diese Werke, die mit ihren lieblichen Tönen jedes Gemüth erheitern, sollten in keinem Salon und an keinem Krankenbette fehlen. Vorer von fertigen Stücken. — Reparaturen.